

führen solche Ungleichheiten zu einer Differenzierung, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit dem Beginn der 'Grünen Revolution' und der Modernisierung noch deutlicher geworden ist. Ganz besonders auffällig ist dieser Prozess in den Kolonisierungsprojekten, wo zu den oberen Schichten auch solche Bevölkerungsteile zählen, die ursprünglich keine Siedler waren und die sich illegal Land angeeignet haben. Somit sind Gesetze nutzlos geworden; Statistiken über Größe und Besitzverhältnisse auf der Basis offizieller Dokumente sind deshalb zwangsläufig irreführend.

Die endlose Diskussion über "tragfähige Parzellengrößen" und "den optimalen Landbesitz für eine fünfköpfige Familie", wird in dem aufgezeigten Kontext bedeutungslos. Die wirtschaftlich stärkeren Bauern - und dazu gehören auch solche, die nicht auf ihrem Land leben - setzen alles daran, durch Zupacht, illegalen Kauf und andere ungesetzliche Mittel die von ihnen bewirtschaftete Fläche zu vergrößern. Die ärmeren Farmer, meistens Siedler, sind gezwungen, Land illegal zu verpachten, zu verpfänden oder zu verkaufen, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Andere Bauern in den Kolonisierungsprojekten sind zu Pächtern des Landes geworden, das ihnen ehemals gehörte. Es ist bestens bekannt, daß in den Projekten ein 'illegaler' Markt für Ländereien existiert; die Illegalität der Landtransaktionen schwächt die Verhandlungsposition des Siedlers gegenüber dem Käufer oder Pächter noch weiter. Diese Praxis fördert auch die Korruption unter den Beamten, die nach Angaben der Siedler 'versorgt' werden müssen, damit sie bei illegalen Transaktionen ein Auge zudrücken. Gegenwärtig stellt die Parzellengröße - bei nur begrenzt vorhandenem erschlossenen Land und steigender Nachfrage - ein politisches

Instrument dar. Die Tendenz geht natürlich dahin, eine größtmögliche Zahl von Anhängern der jeweils regierenden Partei mit Land zu versorgen. Was andere Aspekte dieser Maßnahmen angeht, sind vor allem die Auswirkungen der Politik der 'Importsubstitution' und die Verbreitung neuer Technologien bei den Farmen seit den 60-er Jahren erwähnenswert. Vor allem die Propagierung neuer Anbaumethoden war seit etwa 1960 ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahmenpakete der jeweiligen Regierungen zur Unterstützung einer Importsubstitutionspolitik. Andere Maßnahmen umfassten garantierte Abnahmepreise für Reis, ein größeres offizielles Kreditangebot sowie die Subvention von Kunstdünger. Die Entwicklung verschiedener Hohertrags-Reissorten und ihre durchgängige Anwendung bei den Siedlern bedeuteten eine weitere wichtige Veränderung. Ein aussagekräftiger Indikator für die Auswirkung neuer Technologien und der vom Staat geschaffenen Anreize ist der Durchschnittsertrag pro Hektar. Dieser liegt in den neuen Siedlungsprojekten bei 70 'bushel' gegenüber 52 im nationalen Durchschnitt (1 bushel = 35,23 Liter, d.Red.). In den 60er Jahren entschied man sich für eine selektive Strategie, um durch sogenannte Spezialprojekte ('special projects') die Nahrungsmittelproduktion zu erhöhen. Einige, bereits existierende Projekte wurden für eine 'Offensive' mit besonderen Inputs und überwachtem Management ausgewählt. Diese Spezialprojekte erhielten beträchtliche Finanzhilfe und Expertenbetreuung aus dem Ausland. Insgesamt kann die Zeit nach 1960 als Beginn der 'Modernisierung' der bäuerlichen Landwirtschaft in den Siedlungskolonien angesehen werden.

N. Shanmugaratnam (Übersetzung: Kurt Salentin; Fortsetzung und Schluß in der nächsten Ausgabe 'Südasiens')

Die Linke und die 'nationale Frage', 5. Teil

In der letzten Folge des Beitrages 'Die Linke und die nationale Frage' beschäftigt sich Kumari Jayawardene mit der Zeit nach 1977, ohne dabei jedoch auf ganz aktuelle Entwicklungen einzugehen. Über diese Entwicklungen, den Zusammenschluß der bedeutendsten Linksparteien (CP, LSSP, NSSP) mit der linksliberalen 'Volkspartei' (SLMP) zur 'United Socialist Alliance' (USA) und die Position der Linken zum 'indo-srilankanischen Abkommen' vom Juli 1987 haben wir bereits berichtet (siehe u.a.: 'Südasiens' Nr. 6-7/87, 3-4/88).

Analyse der Jahre nach 1977

Die klare Niederlage der Linksparteien bei den Parlamentswahlen von 1977 leitete ein Periode der Selbstkritik ein - besonders innerhalb der 'Communist Party' (CP) - sowie eine Neubewertung der Politik in der sogenannten nationalen Frage. Im November 1977 brachte die CP ein selbstkritisches Dokument heraus, das einen Überblick über die Strategien der 'Vereinigten Front'

(Koalition aus 'Sri Lanka Freedom Party', 'Communist Party' und 'Lanka Sama Samaja Party') während des vergangenen Jahrzehnts gab. Die dort geäußerten Kritikpunkte wurden auf dem 10. Kongress der CP im März 1978 eingehender diskutiert, die 'Fehler der Linken' detaillierter untersucht. Während der Zusammenschluß zur 'Vereinigten Front' als richtig angesehen wurde,

galt die besondere Aufmerksamkeit den Abspaltungen innerhalb des wichtigsten Koalitionspartners der 'Vereinigten Front', der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP). Es wurde festgestellt, daß "die anti-imperialistischen Tendenzen, die die nationale Bourgeoisie in den 50-er Jahren gezeigt hatte, in den 60-er und noch mehr in den 70-er Jahren nach der Bildung der Vereinigten Front abgeschwächt worden waren."

Besondere Erwähnung fand auch die Politik gegenüber den Minderheiten. Man räumte ein, daß "wir im Hinblick auf die Ereignisse des 8. Januar 1966 und durch unser Bestreben, die Regierung der UNP/FP ('United National Party', 'Federal Party', d.Red.) zu stürzen..., an einem Kampf beteiligt waren, dessen Ergebnis die zunehmende Disharmonie zwischen den Bevölkerungsgruppen war." Weiter hieß es: "Um das Vertrauen der nationalen Minderheiten zurückzugewinnen, sollte sich unsere Partei diesbezüglich selbstkritisch über Fehler und Unzulänglichkeiten bewußt werden. Wir müssen erkennen, daß wir versagt haben und nicht konsequent und energisch genug gegen die Diskriminierungen gekämpft haben, die die Minderheiten in ihrem täglichen Leben erfahren mußten. Unser Versagen bezieht sich auch darauf, daß wir unsere Stimme nicht gegen die

Selbstbestimmung... Dieses Recht sollte... jedoch die territoriale Integrität Sri Lankas und die Einheit der Arbeiterklasse... nicht beeinträchtigen. Darum widersetzen wir uns der Teilung Sri Lankas in separate Zwergstaaten."

Die CP rief zur Klassensolidarität, zur Bildung von gemeinsamen Klassenorganisationen der ethnischen Gruppen sowie zur Beendigung der Diskriminierung von Minderheiten im Erziehungs- und Beschäftigungssystem auf. Sie schlug außerdem vor, das Anstacheln von "rassischem, religiösem und Klassenhaß" zu einem Straftatbestand zu machen." Das Parteidokument kritisierte in schärfster Weise die Politik der Partei in Bezug auf den Plantagensektor. "In der Periode, auf die wir zurückblicken, hatten die Plantagenarbeiter große Not zu erleiden. Ihr Lebensstandard sank, die Nahrungsmittelversorgung war schlecht und Arbeitslosigkeit sowie Unterbeschäftigung waren weit verbreitet. Obwohl bekannt war, daß Menschen auf den Plantagen verhungerten, setzte sich die Partei nicht energisch genug für diese Arbeiter ein. Sie nutzte weder ihre Position innerhalb der Regierung, um die Lage zu verbessern, noch unterstützte sie aktiv genug die Kämpfe dieser Arbeiter für die Verbesserung ihrer



Die Linke hat dem zwischen Indien und Sri Lanka geschlossenen 'Friedensabkommen' und der Waffenübergabe der tamilischen Guerilla zugestimmt (Foto: Frontline)

Ausschreitungen von Polizei und Armee im Norden erhoben haben." In dem Parteidokument bezog sich die CP auf die "wachsende politische Polarisierung" zwischen der singhalesischen und tamilischen Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit nahm sie auch zum Selbstbestimmungsrecht der Tamilen Stellung: "Bezüglich der Sri Lanka-Tamilen akzeptiert unsere Partei ihr Recht auf Südasien 4/89

Lebensbedingungen. Die Partei hat sich nur ungenügend für die Verbesserung des Bildungswesens und der Wohnsituation auf den Plantagen eingesetzt. Wir haben auch geschwiegen, als Leben und Arbeit der Plantagenarbeiter durch die unkorrekte Umsetzung der Landreformpolitik in Gefahr gerieten." Wie die CP zugab, scheiterte sie in der Phase, während der sie Regierungsverantwortung

tung trug, daran, die Plantagenarbeiter politisch zu mobilisieren und Gewerkschaftsaktivitäten unter den Plantagenarbeitern auszudehnen.

Reflektion bei der LSSP

Die Selbstkritik der CP aus dem Jahre 1978 übertrug sich allerdings nicht auf die 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP), die auch an der 'Vereinigten-Front-Regierung' unter Führung der SLFP beteiligt war. Selbst jüngere Dokumente (Colvin, R. de Silva, 1984 u. 1985) sind noch voll des Lobes über die Rolle der Partei, eine Kritik der chauvinistischen Phase der LSSP ist nicht in Sicht.

Allerdings übte die 'Nava Sama Samaja Party' (NSSP), jene linke Strömung innerhalb der LSSP unter Führung von Vasudeva Nanayakkara und Vickramabahu Karunaratne, die 1977 aus der LSSP ausgeschlossen wurden und die NSSP gründeten, scharfe Kritik an der Politik der LSSP. Die Kritik der NSSP richtete sich gegen die Einschätzung der LSSP gegenüber der SLFP. In den frühen 50-er Jahren habe die LSSP die SLFP als eine bürgerliche Partei bezeichnet, sie dann aber fälschlicherweise seit 1960 für eine "radikale, kleinbürgerliche Partei, fähig, den antiimperialistischen Kampf vorwärts zu treiben" gehalten. Kritik wurde auch an den Führern der LSSP geübt, die "sogar so weit gingen, einen eintägigen Generalstreik am 8. Januar 1966 auf der Grundlage von rassistischen Slogans zu organisieren. Zwar war der Streik ein Mißerfolg, aber die linken Führer zerstörten durch diese Aktion vollends die politische Glaubwürdigkeit und die - wenn auch geringe - Basis, die sie unter den Minderheiten besaßen."

Zusammenfassung

Der Marxismus hat sich immer für das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen ausgesprochen, wenn auch beschränkt auf die Nationen, die als "historisch gewachsen" angesehen werden können, die also im Prozess der sozialen Transformation entstanden sind. Es war die Tragik der srilankanischen Linken, daß sie nie einen Versuch unternommen hat, diese Kriterien auf die konkrete Situation einer pluralistischen Gesellschaft anzuwenden, wie sie sich in Sri Lanka entwickelt hat. Es scheint zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte theoretische Diskussion dieses Punktes in den linken Parteien gegeben zu haben. Bestimmte dogmatische Positionen wurden gelegentlich bezogen, aber diese waren, wie bereits aufgezeigt, eher abstrakte Formulierungen als Analysen auf der Grundlage der realen Situation, die allein die Basis für politische Aktionen bilden können. Es gab daher ein theoretisches Vakuum, was dazu führte, daß dieses durch kleinbürgerliche Ideologien, besonders durch die engstirnige nationalistische Weltsicht des singhalesischen Kleinbürgertums ausgefüllt wurde. Die Vorherrschaft dieser Ideologie wurde in der Tat durch die Klassenzusammensetzung der linken Parteien, sprich die starke Präsenz des radikalen Kleinbürgertums auf allen Führungsebenen gestützt. Hinzu kam, daß das Machtstre-

COLVIN DE SILVA DIES AT 82

One of Sri Lanka's most charismatic politicians, Dr. Colvin R. de Silva, passed away on 27 February, following a brief illness, only a few days after he celebrated his 82nd birthday. The founder President of the oldest political party in the island, Lanka Sama Samaja Party, Dr. de Silva was nominated by the United Socialist Alliance as its MP from the National List a week before he died. His body was cremated on 2 March at the Independence Square in the presence of a vast crowd. parts and dominated public life in Sri Lanka for nearly 55 years. An acknowledged historian, his doctoral thesis, 'Ceylon Under British Occupation' continues to remain the classic work for the period. Described as the Marshall Hall of Sri Lanka, he was by far the most

eminent of criminal lawyers and strode the halls of justice like a giant respected by colleagues and judges alike. Both in Parliament and public platforms, he kept his audience spell-bound and enraptured by his brilliant and powerful oratory. His best two contributions during parliamentary debates are the speeches he made on the attempt by the then government to deprive the plantation Tamils of their citizenship in 1948 and on the Bill to make Sinhala the only official language of the country in 1956 during which he prophetically declared, 'Two languages, one nation. One language, two nations'.

A prolific pamphleteer, Dr. de Silva displayed his vast knowledge and grasp of Marxist theory during the days before the LSSP succumbed to coalition politics.

Am 27.2.1989 starb Colvin de Silva, Gründungsmitglied der 1931 entstandenen LSSP

ben der Linken dazu führte, in Minderheitenfragen Positionen einzunehmen, die im großen und ganzen als Widerspiegelung der Gefühle der singhalesischen Massen verstanden werden müssen. So kam es auch dazu, daß die Linke jenen großen Teil der Arbeiterklasse, der ethnisch nicht singhalesisch war, vernachlässigte wenn nicht ganz aufgab.

Diese Politik ist bisher von den meisten Parteien der Linken weder überprüft noch einer kritischen Betrachtung unterzogen worden. Dennoch gibt es einige wichtige Unterschiede im Ansatz der jeweiligen linken Parteien in dieser Frage. Die LSSP erachtet es offensichtlich nicht für notwendig, ihre Politik in der Zeit zwischen 1970 und 1977 oder ihre teilweise chauvinistische Haltung in den 60-er Jahren zu überdenken. Im Vergleich dazu war die CP für Kritik offen. Gleiches gilt für die Abspaltungen von der LSSP - die NSSP und die 'Revolutionary Marxist Party' Bala Tampoe's - sowie die 'Ceylon Communist Party' (CCP) unter Führung von N. Sanmugathasan (er spaltete sich 1963 von der CP ab und gründete die pro chinesische CCP).

Es ist nicht Ziel dieses Beitrages, die gegenwärtige Position der Linken in dieser Frage zu diskutieren. Dennoch sollte festgehalten werden, daß sich die Linke als Resultat eines Prozesses der Selbstkritik heute stärker als zuvor der wirklichen Natur der ethnischen Probleme bewußt ist. Die meisten Parteien und Gruppen der Linken würden das ethische Problem heute als Problem einer Nationalität definieren, die als Minderheit der Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt ist. Einige wenige kleine trotzkistische Gruppen haben nicht nur das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung anerkannt. Sie haben in den vergangenen Jahren sogar den Kampf der militanten tamilischen Gruppen für einen eigenen Staat unterstützt. Demgegenüber akzeptieren die bedeutendsten linken Parteien zwar theoretisch das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung, glauben aber, daß dieses Recht am besten in Form einer regionalen Autonomie in einem vereinten Sri Lanka verwirklicht werden kann.

(Übersetzung: Britta Jünemann) Kumari Jayawardene